WP-01-K1-546

In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Till Steffen (KV Hamburg-Eimsbüttel)

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Von Zeile 545 bis 548:
Dies liegt auch an der Zersplitterung der Zuständigkeiten dafür und der fehlenden Ressourcenbündelung. ~~Deswegen braucht es eine Bündelung von Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und der Budgetverantwortung.~~Es braucht einheitliche Standards, damit sichergestellt ist, dass der Staat den Bürger*innen gegenüber einheitlich auftritt. Damit gehen wir den Ausbau der digitalen Infrastruktur, die europäische und internationale

Begründung

Die im Programmentwurf aufgestellte Forderung nach einer Bündelung von Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und der Budgetverantwortung ist eine Abwandlung des AKV-Prinzips (Aufgabe, Kompetenz, Verantwortung). Dieses in den 90ern breit propagierte Prinzip ist aber Teil des Problems: Wenn jeweils die mit der Durchführung betraute Ebene die digitalen Lösungen entwickelt, gibt es aus der Sicht der Bürgerin ein Wirrwarr an digitalen Lösungen und insgesamt langsamen Fortschritt. Die Standards muss der Bund setzen,

weitere Antragsteller*innen

Lukasz Batruch (KV Berlin-Pankow); Anatoly Zelenin (KV Dresden); Anja Margrit Reinalter (KV Biberach); Gunter Friedel (KV Leipzig); Simon Zunk (KV Uckermark); Sascha Müller (KV Schwabach); Katharina Beck (KV Hamburg-Nord); Sebastian Pewny (KV Bochum); Sebastian Schäfer (KV Esslingen); Hannes Sturm (KV Freiburg); Jens Steiner (KV Borken); Michael Jahn (KV Esslingen); Christian Fritsch (KV Düsseldorf); Benedikt Kau (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Christoph Eberhardt (KV Germersheim); Jessica Preker (KV Düsseldorf); Hans Schwanitz (KV Köln); Jörg Sauskat (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Nils-Olof Born (KV Mannheim); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.